



Konzentration aufs Wesentliche

Menschen in Sorgebeziehungen kommen zusammen –

Matthias Neumann und Gabriele Winker* zur Kampagne

»Platz für Sorge«

In: *express* 5/2021

Mittlerweile ist es ein Allgemeinplatz, dass Care-Beschäftigte sowie Menschen mit umfangreichen familiären Sorgeaufgaben und mit hohem Sorgebedarf unter den Rahmenbedingungen leiden, die neoliberale Politik hergestellt hat. Hier nur einige Beispiele: Fälle von Erwerbsunfähigkeit aufgrund psychischer Erkrankungen sind bei Altenpfleger:innen 76 Prozent häufiger als im Durchschnitt der Beschäftigten. Fast 80 Prozent der Hauptpflegepersonen unter pflegenden Angehörigen sehen sich stark oder sehr stark belastet. Alleinerziehende sind 2,7-mal so häufig von Armut bedroht wie der Durchschnitt der Bevölkerung. In ca. acht Prozent der Pflegehaushalte kommen zumeist osteuropäische In-House-Betreuerinnen zum Einsatz, unter Bedingungen, die teils gegen Arbeitsrecht verstoßen, teils rechtliche Grauzonen zu Lasten der Arbeiterinnen ausnutzen. Es besteht also durchweg Handlungsbedarf.

Diesem Handlungsbedarf entspricht jedoch gegenwärtig keine entsprechende Handlungsmacht. Die eigene Selbstsorge oder Sorge für Nahestehende lässt sich kaum bestreiten; es ist schwierig, auf diese Weise ökonomischen Druck aufzubauen, um die erforderlichen Verbesserungen zu erreichen. Auch sind bei Care-Beschäftigten die Beispiele erfolgreicher geführter Arbeitskämpfe aus dem Krankenhausbereich nicht verallgemeinerbar. Denn dort gibt es erstens wegen der kurzen Verweildauer der Patient:innen die Möglichkeit, über Notdienstvereinbarungen Stationen »leerzustreiken«. Zweitens sorgt die Krankenhausfinanzierung über Fallpauschalen dafür, dass ein Streik beim Betreiber zu Einnahmeausfällen führt, weil nur die tatsächlich durchgeführten Behandlungen bezahlt werden. Beides ist etwa in der Altenpflege, egal ob stationär oder ambulant, nicht möglich, da es dort langjährige Unterstützungsbeziehungen gibt, die nicht ausgesetzt werden können. Auch ist ein entsprechender ökonomischer Druck in Pflegeheimen nicht herstellbar oder braucht zumindest ein mit Angehörigen abgestimmtes Vorgehen.

Deshalb ist es naheliegend, dass Menschen in unterschiedlichen Sorgepositionen – beispielsweise Eltern und Erzieher:innen oder auf persönliche Assistenz Angewiesene und die entsprechenden Assistenzkräfte – sich verbünden, um gemeinsam Verbesserungen zu erreichen. Dies geschah beispielsweise im Streik in den Sozial- und Erziehungsdiensten 2015, als Eltern zumindest zu Beginn die streikenden Erzieher:innen unterstützt haben. In der seit Jahren laufenden Tarifikampagne für mehr Pflegepersonal auf Krankenhausstationen positionieren sich viele örtliche Bündnisse nicht allein als Unterstützungsbündnis, sondern stellen heraus, dass sie durch ihre Beteiligung auch ihre Interessen als (potenzielle) Patient:innen vertreten. Das macht die Zugkraft des Slogans »Mehr von uns/euch ist besser für alle« aus. Denn vor dem Hintergrund einer Vollfinanzierung durch die Sozialversicherung nutzt dort mehr Personal allen Beteiligten.

Aber nicht überall liegt das gemeinsame Interesse so deutlich auf der Hand wie im Krankenhaus: In der stationären Altenpflege beispielsweise finanziert die Pflegeversicherung nur den kleineren Teil der Kosten der Unterbringung in einem Pflegeheim; den Großteil müssen die Pflegebedürftigen oder ihre Angehörigen bezahlen. Deshalb geraten in einer Branche, in der die Personalkosten ca. 75 Prozent der Gesamtkosten ausmachen, ihre Interessen mit denen der Beschäftigten nach besseren Löhnen in Konflikt. Weil Pflegebedürftige und Angehörige ein Pflegeheim auch nach den Kosten auswählen, drücken gerade die renditeorientierten Unternehmen, die mittlerweile 43 Prozent der Pflegeheime betreiben, die Lohnkosten. Deshalb muss hier wie in vielen anderen Care-Bereichen die Forderung nach mehr Ressourcen und gesellschaftlicher Finanzierung der Care-Infrastruktur im Mittelpunkt verbindender Care-Politik stehen, damit Menschen in unterschiedlichen Sorgepositionen nicht zueinander in Konkurrenz gesetzt werden. Solche Verbindungen herzustellen, gelingt noch viel zu selten, aber doch immer häufiger.

Zudem gewinnt das Thema ›Care‹ während der Pandemie an Bedeutung. Neben der Arbeit in Einrichtungen wie Krankenhäusern, Pflegeheimen oder Kitas gerät auch die unentlohnte Sorgearbeit in Familien und sozialen Netzen verstärkt in den Blick der Öffentlichkeit. Die Betonung von Care entspricht zudem dem Fokus auf Bedürfnisorientierung und Rücksicht auf ökologische Grenzen, wie ihn globalisierungskritische und umweltpolitische Bewegungen ebenfalls formulieren. In diesem Zusammenhang betonen Aktive verschiedener sozialer Bewegungen ihre inhaltlichen Gemeinsamkeiten rund um Begriffe wie Sorge, Solidarität oder Suffizienz (Konzentration aufs Wesentliche) und wünschen sich unserem Eindruck nach, verstärkt zusammen aktiv zu werden.

All dies eröffnet gute Voraussetzungen für eine Kampagne wie ›Platz für Sorge‹. Initiiert wurde diese vom Netzwerk Care Revolution. Ihr Ziel ist, das in der Pandemie gewachsene Interesse für Care-Themen dazu zu nutzen, grundlegende Verbesserungen einzufordern. Dies traf auf das deutlich spürbare Interesse, das Thema der Sorge mit den Interessen von Menschen aus dem globalen Süden, die hier Schutz und Perspektiven suchen, und insbesondere dem Kampf gegen die Klimakatastrophe in Verbindung zu bringen.

Wir versuchen, in möglichst vielen Städten Bündnisse zu organisieren, die sich jeweils einen eigenen Aufruf und Forderungen geben können. Zentral ist, dass es uns um Verbesserungen für Sorgearbeitende in Familien wie in Care-Einrichtungen geht. Lohnarbeitszeitverkürzung, bedingungsloses Grundeinkommen oder flächendeckende Tarifverträge im Care-Bereich gehören dazu. Zudem geht es uns um eine Vergesellschaftung und Demokratisierung von Care-Einrichtungen, um Familiennachzug und Auflösung der Lager für Geflüchtete, damit sie besser füreinander sorgen können, und um eine Begrenzung der Güterproduktion gemäß den Belastungsgrenzen der Erde. Zugleich einigen wir uns auf Termine, an denen wir möglichst gleichzeitig in die Öffentlichkeit gehen. Das soll uns gegenseitig ermuntern, aber auch die Wahrnehmbarkeit der ›Platz für Sorge‹-Aktivitäten erhöhen.

Für dieses Jahr haben wir zunächst für den 8. März und den 1. Mai Aktionen organisiert. Am 8. März stießen wir bei den Organisatorinnen der feministischen Streiks und Demos auf offene Ohren; das Ganze der Sorgearbeit zu thematisieren, ist schließlich auch ein genuin feministisches Anliegen. Häufig wurden die Aktionen – Umbenennung zentraler Plätze in ›Platz der Sorge‹ mit Einweihungskundgebungen, Corona-gerechte Spaziergänge und Mitmachangebote – unter Beteiligung der 8. März-Bündnisse organisiert. Letztlich gab es in mehr als zehn Städten solche Aktionen. Die lokalen Bündnisse sind unterschiedlich breit aufgestellt, aber unabhängig von der Zusammensetzung der Bündnisse kamen sehr häufig Menschen mit umfangreichen Sorgeaufgaben oder hohem Sorgebedarf selbst zu Wort und teilten ihre Erfahrungen mit. In Freiburg beispielsweise kam ein Bündnis aus 45 Gruppen und Organisationen zusammen: linke und feministische Gruppen, klimapolitische und migrationsbewegte Gruppen wie die Ortsgruppen von Fridays for Future und von Solidarity City, care-politische Organisationen wie das Freiburger Bündnis für Familie. Es gab eine zweieinhalbstündige Kundgebung mit 150 bis 200 Teilnehmer:innen, auf der Allein-erziehende, pflegende Angehörige, gewerkschaftlich aktive Pflegekräfte, eine Initiatorin einer

Poliklinik, Vereinsmitglieder einer selbstorganisierten Geburtswohnung sowie Fridays for Future sprachen. Dass die Kundgebung bis zum Schluss nicht bröckelte und die Menschen wirklich interessiert und empathisch einander zuhörten, war für uns ein Zeichen, dass das Konzept stimmt: aufeinander zugehen, einander zuhören und gemeinsam in Aktion treten.

Weiter ging es am 1. Mai mit Care-Blocks auf den Mai-Demonstrationen. Für den Spätsommer sind Feste und Zusammenkünfte auf öffentlichen Plätzen geplant, soweit die Pandemie diese möglich macht, im Herbst wollen wir uns im Vorfeld der Bundestagswahl positionieren. Dass die Idee bei unterschiedlichen Akteur:innen Anklang findet und dass auch Menschen mit recht unterschiedlichen Themen und Ansätzen zusammenkommen, ist sicherlich positiv.

Noch lässt sich ›Platz für Sorge‹ jedoch nicht am Erreichen der Ziele messen, die in den Aufrufen genannt sind. Denn derzeit hat die Kampagne insbesondere eine diskursive Verschiebung und das Zusammenkommen unterschiedlicher Gruppen von Sorgearbeitenden, unterschiedlicher politischer Strömungen und unterschiedlicher sozialer Bewegungen zum Ziel. Was beim letzteren Punkt erreicht ist, stimmt uns optimistisch. Können wir die Bündnisse weiter ausbauen und den Schwung nutzen, um uns realistisch Ziele zu setzen, die konkret erkämpft werden können, über Volksbegehren, Arbeitskämpfe, Platzbesetzungen oder mit anderen Methoden?

** Matthias Neumann und Gabriele Winker sind in der Freiburger Regionalgruppe des Netzwerks Care Revolution aktiv. Gabriele Winker ist Autorin von »Solidarische Care-Ökonomie. Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima«, im März 2021 bei transcript erschienen (s. Rezension in dieser Ausgabe).*

Einen tieferen Einblick in die Kampagne und ihre Umsetzung in einzelnen Städten sowie den Freiburger Aufruf mit Forderungen und Unterzeichner:innen finden Interessierte unter: <https://care-revolution.org/>

*express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de*

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12